

Notfallpaket für Patienten mit genehmigter Cannabisblüentherapie

Musterbriefe für Arzt, Krankenkasse, Sozialgericht, Verbände und Politik

Stand: 2. August 2026 - abschließend überarbeitete Fassung mit Handlungs-, Protokoll- und Musterbriefhilfen

Wichtiger Hinweis

Dieses Informationspaket dient ausschließlich der allgemeinen Information und Orientierung. Es stellt keine Rechtsberatung, medizinische Beratung oder individuelle Handlungsempfehlung dar.

Die enthaltenen Musterbriefe und Formulierungshilfen sind Beispiele und müssen vor der Verwendung an den jeweiligen Einzelfall angepasst werden.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte kann keine Gewähr übernommen werden. Gesetzeslage und Rechtsprechung können sich ändern.

Jeder Krankheitsverlauf und jede versicherungsrechtliche Situation ist unterschiedlich. Ob die vorgeschlagenen Schritte im Einzelfall sinnvoll oder erforderlich sind, sollte mit dem behandelnden Arzt sowie gegebenenfalls einem Rechtsanwalt oder einer anerkannten Beratungsstelle abgestimmt werden.

Die Nutzung dieses Informationspakets erfolgt in eigener Verantwortung.

Wichtig vor dem Versand

Gelb markierte Platzhalter ersetzen. Medizinische Aussagen dürfen nur verwendet werden, wenn sie im konkreten Fall stimmen und möglichst ärztlich bestätigt sind. Bei akuter Lebensgefahr sofort 112, ärztlichen Bereitschaftsdienst oder Palliativdienst einschalten. Dieses Paket ersetzt keine anwaltliche Beratung.

Ein mögliches Vorgehen - Schritt für Schritt

- 1. Zuerst den Medikamentenvorrat prüfen. Notieren Sie möglichst früh, bis zu welchem konkreten Datum Ihre vorhandenen Cannabisblüten bei der bisher ärztlich verordneten Dosis reichen. Verändern oder reduzieren Sie die Medikation nicht eigenmächtig wegen der drohenden Finanzierungslücke. Nehmen Sie vorher möglichst sofort Kontakt mit dem behandelnden Arzt oder dem Palliativteam auf und lassen Sie jede medizinisch notwendige Anpassung, deren Grund und die möglichen Folgen dokumentieren. Falls Sie bereits ohne vorherige Rücksprache reduziert haben, informieren Sie den Arzt unverzüglich und halten Sie Zeitpunkt, Umfang, Anlass und Beschwerden wahrheitsgemäß fest.

- 2. Möglichst früh den behandelnden Arzt oder das Palliativteam anschreiben. Bitten Sie um einen kurzfristigen Termin, eine medizinische Einschätzung zum weiteren Vorgehen und eine konkrete Gefahrenbescheinigung. Entscheidend ist nicht nur die Diagnose, sondern die individuelle Erklärung, warum die bisherige Therapie notwendig ist, welche Folgen eine nicht ärztlich vertretbare Reduzierung oder Unterbrechung hätte und warum andere Cannabisarzneimittel derzeit keine gleichwertige oder rechtzeitig verfügbare Alternative darstellen. Bereits eingetretene Veränderungen sollten ärztlich untersucht und dokumentiert werden.
- 3. Anschließend kann der Eilantrag an die Krankenkasse gesendet werden. Der Antrag sollte schriftlich und nachweisbar übermittelt werden, zum Beispiel über das Online-Postfach, per Fax mit Sendebericht oder als Einwurf-Einschreiben. Fügen Sie die bisherige Genehmigung, die aktuelle Verordnung, vorhandene Arztberichte und möglichst die neue ärztliche Stellungnahme bei. Angaben zu einer Dosisänderung sollten wahrheitsgemäß sein und möglichst auf der ärztlichen Dokumentation beruhen. Verlangen Sie wegen der konkreten Gesundheitsgefahr eine schriftliche, rechtsmittelfähige Eilentscheidung innerhalb einer kurzen, genau benannten Frist.
- 4. Begleitend möglichst täglich ein Medikations-, Symptom- und Schadensprotokoll führen. Dokumentiert werden sollten nicht nur Schmerzen, sondern jede körperliche, neurologische oder psychische Veränderung, der tatsächliche Hilfebedarf, ausgefallene Tätigkeiten, zusätzliche Arztkontakte und sämtliche Kosten. Trennen Sie klar zwischen ärztlich angeordneten oder abgestimmten Dosisänderungen, eigenmächtigen Veränderungen und einer tatsächlich eingetretenen Nichtversorgung. Das Protokoll soll nachvollziehbar zeigen, wann welche Veränderung eintrat und worauf die Zuordnung beruht.
- 5. Bei Ablehnung oder ausbleibender Reaktion zeitnah weitere Schritte prüfen. Gegen einen ablehnenden Bescheid kann unverzüglich Widerspruch eingelegt werden. Endet der Vorrat bald oder treten bereits erhebliche Verschlechterungen ein, warten Sie nicht erst auf den Abschluss des Widerspruchsverfahrens, sondern stellen Sie parallel einen Eilantrag beim zuständigen Sozialgericht. Informieren Sie das Gericht deutlich über das genaue Datum des Vorratsendes und beantragen Sie bei extremer Dringlichkeit zusätzlich eine kurzfristige Zwischenregelung.
- 6. Alle Nachweise geordnet sichern. Aufbewahrt werden sollten Genehmigungsbescheide, frühere Gutachten des Medizinischen Dienstes, Rezepte, Apothekenauskünfte, Arztberichte, Ablehnungen, Sendeberichte, Rechnungen und Telefonnotizen. Schreiben Sie nach jedem Telefonat Datum, Uhrzeit, den Namen der Gesprächsperson und den wesentlichen Inhalt auf. Diese Unterlagen sind sowohl für den Eilantrag als auch für mögliche spätere Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche wichtig.
- 7. Ergänzend können Verbände, Politik und Presse angesprochen werden. Die individuelle medizinische Versorgung hat Vorrang. Sobald Arzt, Krankenkasse und gegebenenfalls Gericht informiert sind, können die vorbereiteten Schreiben an Patientenverbände, Fachgesellschaften, Abgeordnete und Medien versandt werden. Persönliche Gesundheitsdaten sollten dabei nur so weit offengelegt werden, wie es für das jeweilige Ziel notwendig ist.

Rechtslage in einem Satz

Seit 30. Juli 2026 sind getrocknete Cannabisblüten aus dem GKV-Leistungsanspruch ausgeschlossen. Andere Cannabisarzneimittel wie standardisierte Extrakte sowie Dronabinol oder Nabilon können weiterhin unter den gesetzlichen Voraussetzungen verordnungsfähig sein. Gerade deshalb muss der Arzt begründen, warum eine Umstellung nicht gleichwertig, nicht verträglich oder nicht rechtzeitig möglich ist.

1. Kurze E-Mail an den behandelnden Arzt

Betreff: Dringende ärztliche Stellungnahme wegen drohender Unterbrechung meiner Cannabisblüthenherapie

Sehr geehrte Frau Dr. [NAME] / Sehr geehrter Herr Dr. [NAME],

seit dem 30. Juli 2026 werden Cannabisblüten nicht mehr von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen. Meine bisher genehmigte und seit [ZEITRAUM] erfolgreich durchgeführte Therapie ist deshalb akut gefährdet.

Mein Vorrat reicht voraussichtlich nur noch bis [DATUM]. Ich möchte die verordnete Dosis nicht ohne medizinische Rücksprache verändern und bitte deshalb dringend um eine kurzfristige Einschätzung zum sicheren weiteren Vorgehen. [FALLS BEREITS REDUZIERT: Seit [DATUM] habe ich die Dosis wegen der drohenden Versorgungslücke verändert. Dies war noch nicht ärztlich abgestimmt. Seitdem sind insbesondere [SYMPTOME] aufgetreten oder stärker geworden. Ich bitte um unverzügliche medizinische Beurteilung und Dokumentation.]

Ich bitte Sie dringend um eine kurze ärztliche Stellungnahme für Krankenkasse und Sozialgericht. Darin sollten - soweit medizinisch zutreffend - festgehalten werden:

- die medizinische Notwendigkeit der bisherigen Therapie,
- die dokumentierte Wirkung und bisherige Behandlungsdauer,
- die Folgen einer Reduzierung oder Unterbrechung,
- die zeitliche Dringlichkeit,
- weshalb Extrakte, Dronabinol, Nabilon oder Fertigarzneimittel keine gleichwertige, verträgliche oder rechtzeitig verfügbare Alternative darstellen,
- ob eine Umstellung nur unter fortlaufender Versorgung mit der bisherigen Medikation medizinisch verantwortbar wäre.

Bitte dokumentieren Sie außerdem die seit [DATUM] bereits eingetretene Verschlechterung in meiner Patientenakte. Eine Formulierungshilfe ist diesem Schreiben beigelegt.

Vielen Dank für Ihre schnelle Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

[NAME, GEBURTSDATUM, VERSICHERTENNUMMER, TELEFON]

2. Formulierungshilfe für die ärztliche Stellungnahme

Ärztliche Stellungnahme zur dringenden unterbrechungsfreien Fortführung der bisherigen Therapie

Bei Herrn/Frau [NAME, GEBURTSDATUM] bestehen folgende schwerwiegende Erkrankungen: [DIAGNOSEN]. Die Behandlung mit Cannabisblüten erfolgt seit [DATUM] in einer Dosierung von [DOSIERUNG] und wurde bislang von der Krankenkasse genehmigt.

Unter dieser Behandlung zeigte sich folgende klinisch relevante Wirkung: [WIRKUNG]. Zuvor eingesetzte oder geprüfte Therapien [AUFLISTUNG] waren nicht ausreichend wirksam, nicht verträglich oder medizinisch kontraindiziert.

[NUR WENN TATSÄCHLICH ZUTREFFEND:] Seit der Dosisveränderung ab [DATUM] ist folgende Verschlechterung eingetreten: [KONKRETE BEFUNDE UND SYMPTOME]. Die Änderung erfolgte wegen der drohenden Versorgungslücke und nicht aufgrund einer medizinisch geplanten Therapieumstellung. Die ärztliche Bewertung des Zusammenhangs lautet: [BEWERTUNG].

Bei einer weiteren Reduzierung oder Unterbrechung ist innerhalb von [ZEITRAUM] mit [KONKRETE GEFAHREN] zu rechnen. Es drohen [SCHWERE / IRREVERSIBLE / LEBENSGEFÄHRLICHE FOLGEN, NUR WENN ZUTREFFEND]. Ein Abwarten bis zum Abschluss eines regulären Verwaltungs- oder Gerichtsverfahrens ist medizinisch nicht vertretbar.

Eine sofortige Umstellung auf Cannabisextrakte, Dronabinol, Nabilon oder ein Fertigarzneimittel stellt derzeit keine gleichwertige und gesicherte Alternative dar, weil [MEDIZINISCHE BEGRÜNDUNG: WIRKEINTRITT, VERTRÄGLICHKEIT, DOSIERBARKEIT, AUFNAHME, BISHERIGE FEHLVERSUCHE]. Soweit eine Umstellung überhaupt versucht werden kann, muss sie ärztlich kontrolliert und unter lückenloser Fortführung der bisherigen Therapie erfolgen, bis eine tatsächlich gleichwertige Wirkung sicher erreicht ist.

Aus ärztlicher Sicht ist daher die unterbrechungsfreie Fortführung der bisherigen Cannabisblütentherapie mindestens bis zur sicheren Etablierung einer nachweislich gleichwertigen Alternative dringend erforderlich.

[ORT, DATUM, STEMPEL, UNTERSCHRIFT]

3. Eilantrag an die Krankenkasse

Betreff: Akute Gesundheitsgefährdung - Antrag auf sofortige Sicherstellung der Versorgung und rechtsmittelfähige Eilentscheidung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin bei Ihnen unter der Versichertennummer **[NUMMER]** versichert. Die Behandlung mit ärztlich verordneten Cannabisblüten wurde mit Bescheid vom **[DATUM]** genehmigt und seit **[ZEITRAUM]** von Ihnen übernommen.

Aufgrund des zum 30. Juli 2026 wirksam gewordenen Leistungsausschlusses droht nun der abrupte Abbruch einer langjährig wirksamen, medizinisch notwendigen und zuvor geprüften Therapie. Mein vorhandener Vorrat reicht nur bis **[DATUM]**. Eine Selbstfinanzierung ist mir aufgrund von **[KURZE BEGRÜNDUNG]** nicht möglich.

Die drohende Finanzierungslücke gefährdet die unterbrechungsfreie Fortführung meiner ärztlich verordneten Therapie. Nach der beigefügten ärztlichen Stellungnahme würde eine Reduzierung oder Unterbrechung zu **[KONKRETE GEFAHREN]** führen. **[NUR WENN ÄRZTLICH DOKUMENTIERT UND TATSÄCHLICH ZUTREFFEND: Seit der am [DATUM] erfolgten, mit [ARZT/ÄRZTIN] abgestimmten beziehungsweise nachträglich ärztlich bewerteten Dosisänderung sind [SYMPTOME UND EINSCHRÄNKUNGEN] eingetreten.]**

Ich beantrage daher,

1. meine bisher genehmigte Versorgung mit Cannabisblüten unverzüglich und vorläufig weiter sicherzustellen,
2. hilfsweise die Kosten bis zur medizinisch sicheren Etablierung einer tatsächlich gleichwertigen und verträglichen Alternative zu übernehmen,
3. mir innerhalb von 24 Stunden, spätestens bis **[DATUM/UHRZEIT]**, eine schriftliche rechtsmittelfähige Entscheidung zu übermitteln.

Der pauschale Ausschluss darf in meinem konkret lebens- beziehungsweise gesundheitsgefährdenden Einzelfall nicht zu einer ungesicherten Therapieunterbrechung führen. Eine bloße Verweisung auf andere Präparate ersetzt weder die erforderliche ärztliche Einzelfallprüfung noch eine tatsächlich verfügbare und gleichwertige Anschlussversorgung.

Sie werden ausdrücklich darüber informiert, dass bei einer weiteren Verzögerung schwere, möglicherweise irreversible gesundheitliche Folgen drohen. **[NUR WENN TATSÄCHLICH UND MÖGLICHST ÄRZTLICH DOKUMENTIERT: Bereits eingetreten sind folgende gesundheitliche Schäden beziehungsweise Verschlechterungen: [KONKRETE ANGABEN].]** Sämtliche bereits entstandenen und künftigen materiellen und immateriellen Schäden, insbesondere zusätzliche Behandlungskosten, Hilfebedarfe, selbst zu tragende Arzneimittelkosten und mögliche Schmerzensgeldansprüche, werden vorsorglich angezeigt; ihre Geltendmachung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Bitte bestätigen Sie den Eingang unverzüglich.

Mit freundlichen Grüßen

[NAME, ANSCHRIFT, GEBURTSDATUM, VERSICHERTENNUMMER, TELEFON]

Anlagen: Genehmigungsbescheid; aktuelle Verordnung; ärztliche Stellungnahme; Medikations- und Symptomprotokoll; weitere Befunde

4. Kurzer Widerspruch gegen eine Ablehnung

Betreff: Widerspruch gegen den Bescheid vom [DATUM] - Antrag auf sofortige Abhilfe

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen Ihren Bescheid vom [DATUM], mir zugegangen am [DATUM], fristgerecht Widerspruch ein.

Die Ablehnung führt bei mir nicht lediglich zu einer Einschränkung, sondern zu einer konkret ärztlich belegten Gefahr schwerer Gesundheitsschäden. Meine langjährig genehmigte Therapie ist wirksam; eine gleichwertige und rechtzeitig verfügbare Alternative besteht nach der beigefügten ärztlichen Stellungnahme derzeit nicht.

Ich beantrage die sofortige Abhilfe und bis zur abschließenden Entscheidung die vorläufige Weitergewährung der bisherigen Versorgung. Wegen der akuten Dringlichkeit bitte ich um Entscheidung bis [DATUM/UHRZEIT]. Eine ausführliche Begründung bleibt vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen

[NAME, VERSICHERTENNUMMER]

5. Grundgerüst für einen Eilantrag beim Sozialgericht

Vor Verwendung

Das zuständige Sozialgericht richtet sich grundsätzlich nach dem Wohnort. Der Antrag kann häufig schriftlich, per Fax oder über die Rechtsantragstelle gestellt werden. Eine einfache E-Mail genügt für formwirksame gerichtliche Anträge regelmäßig nicht. Bei extremer Dringlichkeit Gericht telefonisch auf den unmittelbar bevorstehenden Vorratsablauf hinweisen.

An das Sozialgericht [ORT]

Antragsteller: [NAME, ANSCHRIFT, GEBURTSDATUM]

Antragsgegnerin: [KRANKENKASSE, ANSCHRIFT]

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 86b Absatz 2 SGG

Ich beantrage,

die Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, mich vorläufig bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in der Hauptsache weiterhin mit den ärztlich verordneten Cannabisblüten in der bisher genehmigten Art und Menge zu versorgen beziehungsweise deren Kosten zu übernehmen;

hilfsweise die Versorgung mindestens bis zur medizinisch sicheren Etablierung einer nachweislich gleichwertigen Alternative sicherzustellen.

Wegen des unmittelbar bevorstehenden Endes meines Medikamentenvorrats am [DATUM] beantrage ich zusätzlich eine kurzfristige gerichtliche Zwischenregelung.

Begründung

Die Antragsgegnerin genehmigte die Therapie mit Bescheid vom [DATUM]. Die Therapie wird seit [ZEITRAUM] durchgeführt und bewirkt [KURZE WIRKUNG]. Eine Kopie der Genehmigung ist als Anlage 1 beigelegt.

Mein Vorrat reicht nur bis [DATUM]. Ohne eine vorläufige Versorgung droht ab diesem Zeitpunkt eine medizinisch nicht vertretbare Reduzierung oder Unterbrechung. Nach ärztlicher Einschätzung sind innerhalb von [ZEITRAUM] [KONKRETE GEFAHREN] zu erwarten. [NUR WENN ÄRZTLICH DOKUMENTIERT: Bereits seit der am [DATUM] erfolgten Dosisänderung bestehen [KONKRETE VERSCHLECHTERUNGEN].] Die ärztliche Stellungnahme ist als Anlage 2 beigelegt.

Eine gleichwertige und rechtzeitig verfügbare Alternative besteht derzeit nicht. [EXTRAKTE / DRONABINOL / NABILON / FERTIGARZNEIMITTEL] sind in meinem Fall [UNWIRKSAM / UNVERTRÄGLICH / KONTRAINDIZIERT / NOCH NICHT SICHER EINGESTELLT], weil [BEGRÜNDUNG].

Das Abwarten eines Hauptsacheverfahrens ist unzumutbar. Die drohenden gesundheitlichen Schäden können später nicht durch eine rückwirkende Kostenerstattung beseitigt werden. Demgegenüber ist das finanzielle Risiko einer vorläufigen Weiterleistung für die Krankenkasse begrenzt.

Ich habe die Krankenkasse am **[DATUM]** zur sofortigen Sicherstellung der Versorgung aufgefordert. **[ABLEHNUNG / KEINE REAKTION]**. Der Schriftverkehr ist als Anlage 3 beigelegt.

Ich versichere die tatsächlichen Angaben an Eides statt, soweit sie meine eigenen Wahrnehmungen betreffen.

[ORT, DATUM, UNTERSCHRIFT]

Anlagen: Genehmigung; ärztliche Stellungnahme; aktuelle Verordnung; Antrag und Bescheid/Widerspruch; Symptomprotokoll; Nachweis Restvorrat; Einkommensnachweise bei fehlender Selbstfinanzierung

6. Schadens- und Symptomprotokoll

Führen Sie das Protokoll möglichst jeden Tag zu festen Zeiten und zusätzlich immer dann, wenn sich Beschwerden deutlich verändern. Schreiben Sie konkret und beobachtbar statt nur „schlechter“. Ein guter Eintrag ermöglicht einem Arzt oder Gericht, den Verlauf auch Wochen später nachzuvollziehen.

Medikation: Tragen Sie die ärztlich vorgesehene Soll-Dosis und die tatsächlich eingenommene Ist-Dosis ein. Notieren Sie Uhrzeit, Sorte beziehungsweise Präparat, den Grund jeder Abweichung und ob die Änderung vorher ärztlich angeordnet, abgestimmt oder erst nachträglich besprochen wurde. Ändern Sie die Medikation nicht eigenmächtig. Falls dies bereits geschehen ist, verschweigen Sie es weder dem Arzt noch in einem späteren gerichtlichen Verfahren, sondern lassen Sie Anlass, Verlauf und medizinische Folgen unverzüglich beurteilen und dokumentieren.

Beschwerden: Benennen Sie jedes Symptom einzeln, zum Beispiel Schmerzen, Spastik, Krampfneigung, Übelkeit, Erbrechen, Schlafstörungen, Tremor, Unruhe oder Kreislaufprobleme. Bewerten Sie die Stärke möglichst auf einer Skala von 0 bis 10 und beschreiben Sie zusätzlich Dauer und Häufigkeit.

Konkrete Einschränkungen: Schreiben Sie auf, was wegen der Verschlechterung nicht oder nur noch mit Hilfe möglich war, etwa Essen, Schlafen, Waschen, Anziehen, Gehen, Sitzen, Sprechen, Konzentration, Haushalt oder das Wahrnehmen eines Termins.

Vergleich zum stabilen Zustand: Halten Sie fest, wie die gleiche Situation unter der bisherigen regulären Therapie üblicherweise war. Dieser Vorher-Nachher-Vergleich ist oft aussagekräftiger als eine einzelne Zahl.

Hilfe und medizinische Kontakte: Dokumentieren Sie zusätzliche Unterstützung durch Angehörige oder Pflegepersonen, Telefonate mit Arzt, Palliativdienst, Apotheke oder Krankenkasse sowie Notdienst-, Praxis- oder Krankenhauskontakte. Namen und Uhrzeiten sollten ergänzt werden.

Schäden und Kosten: Sammeln Sie Belege über selbst bezahlte Medikamente, Fahrten, Porto, Kopien, zusätzliche Behandlungen, Hilfsmittel und sonstige notwendige Ausgaben. Notieren Sie

auch Zeitaufwand und zusätzlichen Hilfebedarf; eine rechtliche Erstattungsfähigkeit wird später gesondert geprüft.

Zeugen und Belege: Vermerken Sie, wer eine Verschlechterung beobachtet hat. Fotos, Nachrichten, Messwerte und ärztliche Befunde sollten mit Datum gesichert werden. Bleiben Sie sachlich und übertreiben Sie nicht; genaue, ehrliche Angaben sind am überzeugendsten.

Wichtig: Das Protokoll ersetzt keine medizinische Hilfe. Bei akuter oder lebensbedrohlicher Verschlechterung sofort den behandelnden Arzt, den Palliativdienst, den ärztlichen Bereitschaftsdienst oder den Rettungsdienst einschalten.

Datum/Uhrzeit	Soll-Dosis	Ist-Dosis	Symptome (0-10)	Konkrete Einschränkung	Hilfe/Arztkontakt	Kosten/Zeuge

Beweissicherung

Zusätzlich aufbewahren: Rezepte, Apothekenauskünfte, Ablehnungen, Telefonnotizen mit Namen und Uhrzeit, Rechnungen, Fahrkosten, Fotos, Nachrichten, Arztberichte und Aussagen von Personen, die die Verschlechterung beobachten.

7. Schreiben an Patientenverbände, Sozialverbände und Fachgesellschaften

Betreff: Akute Versorgungslücke nach GKV-Ausschluss von Cannabisblüten - Bitte um Soforthilfe, Beratung und Koordination

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dieses Schreiben kann beispielsweise an Patientenorganisationen, den Sozialverband VdK, den Sozialverband Deutschland (SoVD), Fachgesellschaften oder andere geeignete Beratungsstellen gesendet werden.

seit dem 30. Juli 2026 werden getrocknete Cannabisblüten nicht mehr von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen. Davon sind auch schwerkranke Patienten mit langjährig genehmigter und nachweislich wirksamer Therapie betroffen.

Viele Betroffene sind aufgrund ihrer Erkrankung nicht in der Lage, die Gesetzesänderung rechtzeitig zu erfassen, kurzfristig umfangreiche Anträge zu stellen oder eine Selbstfinanzierung zu übernehmen. Es drohen deshalb innerhalb weniger Tage oder Wochen abrupte Therapieabbrüche, obwohl keine gleichwertige und sicher eingestellte Alternative vorhanden ist.

Ich bitte Sie daher um Prüfung, ob Sie insbesondere folgende Unterstützung anbieten oder koordinieren können:

- über die Versorgungslücke und verfügbare Soforthilfen zu informieren,
- eine juristische und medizinische Notfallstruktur für Betroffene zu unterstützen,
- geeignete Eil- beziehungsweise Musterverfahren zu koordinieren,
- Betroffene bei Anträgen, Widersprüchen und der Suche nach sozialrechtlicher Beratung zu begleiten,
- gegenüber Politik und Krankenkassen auf Bestandsschutz und Härtefalllösungen hinzuwirken.

In meinem Fall **[KURZBESCHREIBUNG: DAUER DER GENEHMIGUNG, VORRATSENDE, FOLGEN]**. Unterlagen und eine ärztliche Stellungnahme kann ich zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen

[NAME, KONTAKTDATEN]

8. Schreiben an Bundesgesundheitsministerium und Abgeordnete

Betreff: **Sofortige Härtefallregelung und Bestandsschutz für genehmigte Cannabisblüentherapien erforderlich**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem seit 30. Juli 2026 geltenden Ausschluss von Cannabisblüten aus der gesetzlichen Krankenversicherung wurde für schwerkranke Menschen eine akute Versorgungslücke geschaffen. Besonders betroffen sind Patienten, deren Therapie nach ärztlicher Begründung, Prüfung durch

Krankenkasse und Medizinischen Dienst bereits seit Jahren genehmigt und erfolgreich durchgeführt wird.

Der Ausschluss trat ohne ausreichende Übergangsfrist und ohne verlässlichen Bestandsschutz für medizinische Härtefälle in Kraft. Eine theoretisch mögliche Umstellung ist keine sofort verfügbare, wirksame und verträgliche Ersatzversorgung. Bei einigen Patienten führen bereits Dosisreduzierungen zu erheblichen Verschlechterungen; ein abrupter Abbruch kann irreversible oder lebensgefährliche Folgen haben.

Ich fordere deshalb unverzüglich:

1. Bestandsschutz für bereits genehmigte und medizinisch bewährte Therapien,
2. eine sofort anwendbare Härtefallregelung bei fehlender gleichwertiger Alternative,
3. lückenlose Kostenübernahme während jeder ärztlich begleiteten Umstellung,
4. umgehende Information aller Krankenkassen, Ärzte, Apotheken und Betroffenen,
5. eine unabhängige Prüfung der gesundheitlichen Folgen und der tatsächlichen Einsparwirkung.

Mein persönlicher Fall: **[MAXIMAL 5 SÄTZE MIT GENEHMIGUNGSDAUER, MEDIZINISCHER WIRKUNG, VORRATSENDE UND KONKRETER GEFAHR].**

Bitte teilen Sie mir kurzfristig mit, welche Sofortmaßnahmen Sie zum Schutz der Betroffenen veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

[NAME, WOHNORT, KONTAKTDATEN]

9. Kurze Presse- und Öffentlichkeitsanfrage

Betreff: Schwerkranke verlieren über Nacht genehmigte Medikamente - Betroffene für Recherche verfügbar

Guten Tag,

seit dem 30. Juli 2026 übernimmt die gesetzliche Krankenversicherung keine Cannabisblüten mehr. Betroffen sind auch schwerkranke Menschen, deren Therapie seit Jahren genehmigt, medizinisch geprüft und nachweislich wirksam ist.

Viele erfahren erst in der Apotheke oder beim nächsten Rezept davon. Wer keinen Vorrat und kein Geld zur Selbstzahlung hat, steht möglicherweise innerhalb weniger Tage ohne seine bisherige Medikation da. In meinem Fall droht ab [DATUM] eine medizinisch nicht vertretbare Versorgungslücke. [NUR WENN TATSÄCHLICH UND ÄRZTLICH DOKUMENTIERT: Seit der Dosisänderung am [DATUM] bestehen [KURZE KONKRETE VERSCHLECHTERUNG].]

Ich stelle Unterlagen, Genehmigungsbescheide und ärztliche Nachweise für eine seriöse Recherche zur Verfügung. Weitere Betroffene können - mit ihrem Einverständnis - vermittelt werden.

Kontakt: **[NAME, TELEFON, E-MAIL, REGION]**

Empfänger und sinnvolle Reihenfolge

Sofort: Behandelnder Arzt/Palliativdienst; eigene Krankenkasse; zuständiges Sozialgericht bei Ablehnung oder Untätigkeit.

Koordination und Beratung: Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin (ACM), Bund Deutscher Cannabis-Patienten (BDCan), Sozialverband VdK, Sozialverband Deutschland (SoVD), weitere Patienten- und Sozialverbände sowie geeignete Fachanwälte für Sozialrecht.

Politischer Druck: Bundesgesundheitsministerium, gesundheitspolitische Sprecher der Bundestagsfraktionen, eigene Wahlkreisabgeordnete, Petitionsausschuss.

Öffentlichkeit: Regionale und überregionale Presse, öffentlich-rechtliche Redaktionen, Gesundheits- und Sozialressorts; nur mit Einwilligung persönliche Gesundheitsdaten weitergeben.

Strafrechtliche Vorwürfe nicht unüberlegt versenden

Strafanzeigen oder öffentlich erhobene Vorwürfe wegen Mordes oder Körperverletzung sollten nicht unüberlegt Teil des ersten Notfallpakets sein. Die strafrechtlichen Voraussetzungen sind hoch und müssen einer konkreten Person nachweisbar zugerechnet werden. Solche Schritte sollten gegebenenfalls erst nach anwaltlicher Prüfung erfolgen, damit sie den medizinischen Eilrechtsschutz nicht überlagern oder schwächen.

Quellen und Rechtsgrundlagen

- Bundesministerium für Gesundheit: GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz, Gesetz vom 29.07.2026, Inkrafttreten 30.07.2026.
- Kassenärztliche Bundesvereinigung: Cannabisarzneimittel - Hinweis, dass Cannabisblüten seit 30.07.2026 nicht mehr zulasten der GKV verordnet werden können.
- § 86b Absatz 2 Sozialgerichtsgesetz (einstweilige Anordnung).
- Art. 2 Absatz 2 Grundgesetz (Leben und körperliche Unversehrtheit).
- § 31 SGB V in der seit 30.07.2026 geltenden Fassung.
- Für Schadensersatzfragen je nach Fall insbesondere § 839 BGB in Verbindung mit Art. 34 GG; die Voraussetzungen sind streng und müssen individuell anwaltlich geprüft werden.

Lizenzhinweis

Dieses Dokument darf unverändert oder angepasst kostenlos an Betroffene weitergegeben werden. Keine kommerzielle Weiterveräußerung. Bitte bei Anpassungen den Stand und den Hinweis „keine individuelle Rechtsberatung“ erhalten.